

Bericht und Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses (Land)**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011****I. Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses (Land)****1. Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) durch die Bürgerschaft (Landtag)**

- a) Die Bürgerschaft (Landtag) hat die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 (Mittelung des Senats vom 16. Juni 2009, Drs. 17/835) in ihrer 50. Sitzung am 27. August 2009 in erster Lesung beschlossen. Sie hat diese sowie die der Mittelung des Senats für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 anliegenden Haushaltspläne und Stellenpläne, die Produktgruppenhaushalte, die produktgruppenorientierten Stellpläne, die durch Mitteilung des Senats vom 25. August 2009 (Drs. 17/900) ergänzend übersandten Wirtschaftspläne 2010/2011 der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie die Darlegungen zur Begründetheit der Ausgaben im Zusammenhang mit einer Überschriftung der Höchstgrenze der Kreditaufnahme (Artikel 131 a der Landesverfassung) zur Beratung und Berichterstattung an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) federführend überwiesen.

Eine Überweisung erfolgte ferner an den Rechtsausschuss, an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau, an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten, an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung sowie an den Ausschuss Krankenhäuser im Lande Bremen. Die Ausschüsse wurden gebeten, dem Haushalts- und Finanzausschuss (Land) zu berichten.

- b) Darüber hinaus hat die Bürgerschaft (Landtag) dem Haushalts- und Finanzausschuss (Land) den Finanzplan der Freien Hansestadt Bremen 2009 bis 2013, Mitteilung des Senats vom 18. August 2009 (Drs. 17/891) zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.

2. Beratungsverfahren im Haushalts- und Finanzausschuss (Land)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat in seiner Sitzung am 28. August 2009 die Beratung in gemeinsamen Sitzungen mit dem Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschlossen. Die Ausschüsse haben unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Schrörs (CDU) ihre Beratungen am 28. August 2009 aufgenommen und am 25., 26. November sowie 11. Dezember 2009 fortgesetzt. Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat seine Beratungen mit der Beschlussfassung über diesen Bericht abgeschlossen.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) beauftragten am 28. August 2009 zur Vorbereitung ihrer Einzelberatungen für die im Folgenden aufgeführten Produktpläne des Produktgruppenhaushalts für das Land und die Stadtgemeinde Bremen 2010 und 2011 die ebenfalls aufgeführten

und zu Beginn der Wahlperiode durch die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) benannten Berichterstatterinnen und Berichterstatter mit der Maßgabe, den Haushalts- und Finanzausschüssen (Land und Stadt) zu den jeweiligen Produktplänen zu berichten.

01 Bremische Bürgerschaft:	Abg. Schildt (SPD)
02 Rechnungshof:	Abg. Weber (SPD)
03 Senatskanzlei:	Abg. Woltemath (FDP)
05 Bevollmächtigte beim Bund:	Abg. Woltemath (FDP)
06 Datenschutz:	Abg. Rupp (DIE LINKE.)
07 Inneres:	Abg. Frau Möbius (SPD)
08 Frauen:	Abg. Pflugradt (CDU)
09 Staatsgerichtshof:	Abg. Woltemath (FDP)
11 Justiz:	Abg. Ravens (CDU)
12 Sport:	Abg. Liess (SPD)
21 Bildung:	Abg. Frau Ahrens (CDU)
22 Kultur:	Abg. Rupp (DIE LINKE.)
24 Wissenschaft:	Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)
31 Arbeit:	Abg. Pflugradt (CDU)
41 Jugend und Soziales:	Abg. Denhardt (SPD)
51 Gesundheit:	Abg. Pflugradt (CDU)
68 Umwelt, Bau und Verkehr:	Abg. Frau Kummer (SPD)
68 Europa:	Abg. Woltemath (FDP)
71 Wirtschaft:	Abg. Frau Arnold-Cramer (SPD)
81 Häfen:	Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/ Die Grünen)
91 Finanzen/Personal:	Abg. Rupp (DIE LINKE.)
92 Allgemeine Finanzen:	Abg. Rupp (DIE LINKE.)
93 Zentrale Finanzen:	Abg. Rupp (DIE LINKE.)
96 IT-Ausgaben:	Abg. Rupp (DIE LINKE.)

Die Berichterstatterinnen und Berichterstatter führten über die Produktpläne sowie über die dem Bereich des jeweiligen Produktplans entsprechenden Einzel-, Stellen- und Wirtschaftspläne Gespräche mit den Fachressorts, den Bereichen sowie mit der Senatorin für Finanzen, mit den Vorsitzenden der Parlamausschüsse und mit den Sprecherinnen und Sprechern der Deputationen. Die Berichte der Berichterstatterinnen und Berichterstatter wurden in den Beratungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) erläutert. Dabei wurden die Berichte des Abg. Pflugradt (CDU) infolge seines Ausscheidens aus der Bürgerschaft von dem Abg. Hinners (CDU) übernommen. Die Ressorts und Bereiche sowie die Senatorin für Finanzen, die Vorsitzenden der Parlamausschüsse und die Sprecherinnen und Sprecher der Deputationen wurden zu den Beratungen eingeladen und hatten Gelegenheit, in der Ausschussberatung Stellung zu beziehen.

Den Finanzplan der Freien Hansestadt Bremen 2009 bis 2013 hat der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) in seiner Sitzung am 26. November 2009 beraten und zur Kenntnis genommen. Von einer detaillierten Berichterstattung hat der Ausschuss abgesehen.

3. **Berichte und Anträge der beteiligten Parlamausschüsse an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land)**

Der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau, der Ausschuss

für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, der Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten, der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung sowie der Ausschuss Krankenhäuser im Lande Bremen haben zu den sie betreffenden Produktplänen sowie zu den entsprechenden Einzel- und Stellenplänen Stellung genommen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat die im Folgenden wiedergegebenen Stellungnahmen zur Kenntnis genommen und in seine Beratungen einbezogen.

a) Rechtsausschuss

Der Rechtsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 16. September 2009 in Gegenwart des vom Haushalts- und Finanzausschuss benannten Berichterstatters, Herrn Abg. Ravens, mit dem Einzelplan 01 (Justiz und Verfassung), dem Produktplan 11 (Justiz) sowie den Stellenplänen für den Bereich Justiz befasst. Der Rechtsausschuss hat gegen die vorgelegten Haushaltsentwürfe keine Bedenken erhoben.

b) Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen hat sich in seiner Sitzung am 11. September 2009 mit dem ihm überwiesenen Entwurf zum Haushaltsplan 2010/2011 befasst. Anmerkungen dazu ergeben sich nach der Beratung nicht.

c) Ausschuss für die Gleichstellung der Frau

Der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau hat die Haushaltsentwürfe 2010/2011 für den Bereich der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (Kapitel 0045 Haushaltsplan 2010/2011, Kapitel 0045 Stellenplan 2010/2011 und Produktplan 08) in seiner Sitzung am 15. September 2009 zur Kenntnis genommen und beraten.

Vorweg möchte der Ausschuss anmerken, dass die Auswirkungen der Personaleinsparquote kleine Dienststellen, wie die ZGF, besonders hart treffen, da es in einem kleinen Personalhaushalt in der Regel keine Kompensationsmöglichkeiten für Personaleinsparungen gibt, außer der Abgabe von Aufgaben. Vor diesem Hintergrund erachtet es der Ausschuss für notwendig, für kleine Dienststellen diesbezüglich eine eigene Regelung zu treffen. Es sollte darüber nachgedacht werden, diese von der PEP-Quote auszunehmen.

Im Hinblick auf den Stellenplan weist der Ausschuss darauf hin, dass die Reduzierung des Stellenvolumens bei dem/der Hausmeister/-in daraus resultiert, dass die Stelle der Reinigungskraft in Bremerhaven in Immobilien Bremen überführt wird, die die Leistungen dann künftig auch erbringen wird. Eine konkrete Regelung steht derzeit noch aus.

Bei den Ausgaben ist im Haushaltsplan für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit eine Erhöhung von 40 000 € (Anschlag 2009) auf 70 000 € (Anschlag 2010/2011) vorgesehen. Der Ausschuss weist jedoch darauf hin, dass der Zentralstelle für diese Aufgabe tatsächlich nicht mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, sondern die Erhöhung aus einer Umlage innerhalb des Haushaltes resultiert.

d) Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit hat die Haushaltsentwürfe 2010/2011 für die Bereiche Bundesangelegenheiten (Kapitel 0028 Produktplan 05) sowie Europa und Entwicklungszusammenarbeit (Kapitel 0650 Produktplan 68) in seiner Sitzung am 8. September 2009 zur Kenntnis genommen und beraten. Der Ausschuss ist dabei zu folgenden Feststellungen gekommen:

Nach Einschätzung des Ausschusses bewegen sich die in den Haushaltsentwürfen 2010/2011 für die Bereiche Bundesangelegenheiten, Europa und Entwicklungszusammenarbeit dargestellten Anschläge nach wie

vor am Rande dessen, was für eine Wahrnehmung der Aufgaben der Landesvertretungen der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und bei der Europäischen Union sowie für den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in Bremen erforderlich ist. Bei der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund soll das Beschäftigungsvolumen Ende 2011 noch 22,2 Stellen umfassen (23,5 Stellen im Jahr 2009). Damit hat die Bevollmächtigte beim Bund von allen Ressorts den prozentual größten Anteil seiner Personalkapazitäten einzusparen. Die Realisierung der Einsparquote ist abhängig von einer entsprechenden Personalfuktuation. Die nächsten erkennbaren Fluktuationen sind ruhestandsbedingte Abgänge der Leitung und des Protokolls. Ohne diese Positionen ist die Vertretung im Kreis der Länder nicht mehr funktionsfähig. Auch die Haushaltsansätze für Repräsentation und Außendarstellung der Freien Hansestadt Bremen in Berlin müssen weiter reduziert werden. Der bisherige Standort kann nur dann aufrecht erhalten werden, wenn es gelingt, Dritte in Form von Kooperationsveranstaltungen stärker einzubeziehen, was sich angesichts der Finanzkrise als schwierig erweist.

Bei der Vertretung in Brüssel reduziert sich der Personalbestand von 12,3 Stellen im Jahr 2009 auf 11,8 Stellen im Jahr 2011. Drei der Referentenstellen in der Landesvertretung in Brüssel sind befristet durch Abordnungen aus den Ressorts besetzt. Um die Funktionsfähigkeit der Landesvertretung zu gewährleisten, ist es wichtig, die Abordnungen trotz der von den Ressorts zu erbringenden Personaleinsparungen beizubehalten.

Der Ausschuss betont die wichtige Bedeutung der beiden Landesvertretungen für das Bundesland Bremen und die Notwendigkeit, die Arbeitsfähigkeit der Vertretungen in Berlin und Brüssel aufrecht zu erhalten.

e) Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten

Der Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten hat sich in seiner Sitzung am 25. September 2009 gemäß § 35 Satz 2 in Verbindung mit § 34 Abs. 2 Bremisches Datenschutzgesetz mit den Haushaltsentwürfen 2010/2011 für die Bereiche des Datenschutzes und der Informationsfreiheit (Produktplan 06 – Datenschutz und Informationsfreiheit; Haushaltsplan 2010/2011 – Kapitel 0029 Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit; Produktgruppen Stellenplan 2010/2011 – Produktplan 06 Datenschutz und Stellenplan 2010/2011) befasst und die Stellungnahme der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (LfDI) vom 21. September 2009 (vergleiche Anlage) hierzu zur Kenntnis genommen.

Um den gesetzlichen Anforderungen nachkommen zu können, benötigt die LfDI eine Beschäftigtenzahl von mindestens 13,5. Die tatsächliche Beschäftigtenzahl liegt zur Zeit bei 11,2 und wird in den Jahren 2010 und 2011 voraussichtlich bei 11,4 liegen. Seit 2008 wird deshalb eine Kraft aus dem Bereich der Nachwuchskräfte im höheren Dienst und ein Mitarbeiter des gehobenen Dienstes von der Senatorin für Finanzen zur LfDI abgeordnet.

Durch die ab September 2009 wirksamen Änderungen des Bundesdatenschutzgesetzes, mit denen die Kontrollmöglichkeiten der Aufsichtsbehörden über den nichtöffentlichen Bereich verbessert wurden, hat die LfDI zusätzliche Tätigkeitsfelder im Bereich der datenschutzrechtlichen Aufsicht über nichtöffentliche Stellen erhalten, die sie nur dann wahrnehmen kann, wenn ihr die entsprechenden Personalsourcen zur Verfügung gestellt werden.

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, der Bitte der LfDI nach einer ausreichenden Ausstattung nachzukommen und ihr weiterhin eine Kraft aus dem Nachwuchskräftepool zur Verfügung zu stellen. Zudem bittet der Ausschuss die Senatorin für Finanzen und den Haushalts- und Finanz-

ausschuss zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, die jetzige Poolstelle bei der LFDI anderweitig im Haushalt darzustellen.

Im Bereich der Medienangelegenheiten hat sich der Ausschuss mit dem Produktgruppenhaushalt 2010/2011 – Produktplan 03 Senat, Senatskanzlei, kirchliche Angelegenheiten beschäftigt und diesen zur Kenntnis genommen.

f) Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung hat sich in seiner 24. Sitzung am 23. September 2009 mit den Haushaltsentwürfen 2010/2011 auseinandergesetzt und insoweit folgende Unterlagen – soweit sie den Bereich Wissenschaft und Forschung betreffen – zur Kenntnis genommen:

- Haushaltsplan,
- Produktgruppenhaushalt,
- Produktgruppenstellenplan,
- Stellenplan,
- Stellenplan – ausgegliederte Einrichtungen –,
- Gesamtplan
- Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen (im Zusammenhang mit der Übersetzung der Kreditobergrenze nach Artikel 131 a LV),
- Wirtschaftsplan.

Zudem hat der Ausschuss die Vorlage der Senatorin für Bildung und Wissenschaft vom 28. August 2009 „Haushaltsberatungen für die Jahre 2010/2011“ zur Kenntnis genommen.

g) Ausschuss Krankenhäuser im Lande Bremen

Der Ausschuss für Krankenhäuser im Land Bremen hat sich in seiner 20. Sitzung am 5. November 2009 mit den Haushaltsentwürfen 2010/2011 auseinandergesetzt und insoweit folgende Unterlagen – soweit sie den Bereich Krankenhäuser im Land Bremen betreffen – zur Kenntnis genommen:

- Haushaltsplan,
- Produktgruppenhaushalt,
- Produktgruppenstellenplan,
- Stellenplan – ausgegliederte Einrichtungen –,
- Gesamtplan,
- Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen (im Zusammenhang mit der Übersetzung der Kreditobergrenze nach Artikel 131 a LV).

II. **Beratung der Änderungsanträge der Fraktionen, der Haushaltspläne sowie der Haushaltsgesetze**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 50. Sitzung am 27. August 2009 ihr Einverständnis erklärt, dass die bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingehenden Anträge und Änderungsanträge der Fraktionen zu den Haushalten 2010 und 2011 unmittelbar an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) zur Beratung und Berichterstattung weitergeleitet werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat die eingegangenen und in den Anlagen 1 und 2 im Einzelnen dargestellten gemeinsamen Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE in seinen Sitzungen am 25., 26. November und 11. Dezember 2009 beraten und jeweils eine Beschlussempfehlung für die Bürgerschaft (Landtag) abgegeben.

Auf der Grundlage der Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) über die Änderungsanträge der Fraktionen sowie unter Einbeziehung der Berichte der Berichterstatterinnen und Berichterstatter, der Berichte aus den parlamentarischen Ausschüssen und der Stellungnahmen der Fachressorts bzw. der Bereiche sowie der Senatorin für Finanzen haben die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) in ihren Sitzungen die einzelnen Produktpläne des Produktgruppenhaushalts für das Land und die Stadtgemeinde Bremen 2010 und 2011 beraten und über sie einzeln abgestimmt. Die Einzelabstimmungen sind Grundlage der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) über die Haushalts- und Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2010 und 2011, über die Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2010 und 2011, über die produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2010 und 2011, über die Wirtschaftspläne 2010 und 2011 sowie über die Darlegungen zur Begründetheit der Ausgaben im Zusammenhang mit einer Überschreitung der Höchstgrenze der Kreditaufnahme.

Die Wirtschaftspläne waren in ihrer Gesamtheit zum ersten Mal Gegenstand der Abstimmung im Haushalts- und Finanzausschuss (Land), da infolge des in der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am 19. November 2009 beschlossenen Bremischen Gesetzes über Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen des Landes und der Stadtgemeinden (BremsSVG), Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2009 (Drs. 17/957), und des Inkrafttretens der die Festsetzung der Wirtschaftspläne betreffenden Regelungen dieses Gesetzes bereits zum 1. Dezember 2009 die Bürgerschaft (Landtag) nunmehr einen Beschluss über die Festsetzung aller Wirtschaftspläne treffen muss.

Abschließend hat der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 beraten und eine Beschlussempfehlung abgegeben.

1. Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben für die Beratung in den Haushalts- und Finanzausschüssen (Land und Stadt) gemeinsame Änderungsanträge für die Bürgerschaft (Landtag) betreffend die Produktpläne 01 Bremische Bürgerschaft, 03 Senatskanzlei, 07 Inneres, 11 Justiz und Verfassung, 21 Bildung, 22 Kultur, 24 Wissenschaft, 31 Arbeit, 41 Jugend und Soziales, 51 Gesundheit, 68 Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, 71 Wirtschaft, 81 Häfen, 91 Finanzen/Personal, 92 Allgemeine Finanzen, 93 Zentrale Finanzen und 96 IT-Ausgaben eingebracht.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat diese in der Anlage 1 im Einzelnen dargestellten Änderungsanträge beraten. Ihnen wurde teils mit den Stimmen, teils bei Enthaltung und teils gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE. und der FDP von den Ausschussmitgliedern der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt. Die Abstimmungsergebnisse ergeben sich im Einzelnen aus der Anlage 1.

2. Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE.

Die Fraktion DIE LINKE. hat für die Beratungen in den Haushalts- und Finanzausschüssen (Land und Stadt) Änderungsanträge für die Bürgerschaft (Landtag) betreffend die Produktpläne 06 Datenschutz, 21 Bildung, 24 Wissenschaft, 31 Arbeit, 41 Jugend und Soziales, 51 Gesundheit, 68 Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, 81 Häfen, 91 Finanzen/Personal und 93 Zentrale Finanzen eingebracht.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat diese in der Anlage 2 im Einzelnen dargestellten Änderungsanträge beraten. Sie wurden gegen die Stimmen des Mitgliedes der Fraktion DIE LINKE. mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP abgelehnt.

3. Produktpläne, Produktgruppenstellenpläne, Einzelpläne (Land und Stadt), Einzelstellenpläne (Land und Stadt), zugeordnete Wirtschaftspläne und Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen (Artikel 131 a LV)

Die Produktgruppenstellenpläne, die Einzelpläne (Land und Stadt), die Einzelstellenpläne (Land und Stadt), die zugeordneten Wirtschaftspläne und die

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen (Artikel 131 a LV) haben die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) jeweils gemeinsam mit dem zugehörigen Produktplan beraten und beschlossen.

Den Produktplänen 02 Rechnungshof und 09 Staatsgerichtshof haben die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) bei Enthaltung des Mitglieds der Fraktion DIE LINKE. und des Mitglieds der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen zugestimmt.

Dem Produktplan 01 Bremische Bürgerschaft haben die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE. und der FDP mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen zugestimmt.

Dem Produktplan 03 Senatskanzlei haben die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktionen der CDU und DIE LINKE. gegen die Stimmen des Mitglieds der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen zugestimmt.

Den Produktplänen 05 Bevollmächtigte beim Bund, 06 Datenschutz, 07 Inneres, 08 Frauen, 11 Justiz und Verfassung, 12 Sport, 21 Bildung, 68 Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, 81 Häfen und 96 IT-Ausgaben haben die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) jeweils gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU sowie zu dem Produktplan 06 Datenschutz bei Enthaltung des Mitglieds der Fraktion DIE LINKE. und des Mitglieds der Fraktion der FDP, zu den Produktplänen 05 Bevollmächtigte beim Bund, 07 Inneres, 08 Frauen 11 Justiz und Verfassung, 12 Sport, 21 Bildung, 68 Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, 81 Häfen und 96 IT-Ausgaben bei Enthaltung des Mitglieds der Fraktion DIE LINKE. und gegen die Stimmen des Mitglieds der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen zugestimmt.

Den Produktplänen 22 Kultur, 24 Wissenschaft, 31 Arbeit, 41 Jugend und Soziales, 51 Gesundheit 71 Wirtschaft, 91 Finanzen/Personal, 92 Allgemeine Finanzen und 93 Zentrale Finanzen haben die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE. und der FDP mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen zugestimmt.

4. Haushaltsgesetze

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat dem Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2010 gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE. und der FDP mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen zugestimmt.

Die abschließende Beschlussfassung über das Haushaltsgesetz und die Haushaltspläne, einschließlich der Produktgruppenstellenpläne, der Stellenpläne, der Wirtschaftspläne und der Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen (Artikel 131 a LV) für das Haushaltsjahr 2011, wurde im Haushalts- und Finanzausschuss (Land) ausgesetzt.

Ein abschließender Beschluss ist bis zu einer Entscheidung über die Verwaltungsvereinbarungen zwischen den Ländern und dem Bund betreffend die Einzelheiten zur Berechnung der Höhe der notwendigen Verringerung der Nettokreditaufnahme ab 2011 und der damit zusammenhängenden Zahlung von Konsolidierungsbeiträgen für das Jahr 2011 nicht sinnvoll.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) geht davon aus, dass es der Bürgerschaft (Landtag) möglich sein wird, die Beratungen des Haushaltswurfs für 2011 nach der Sommerpause 2010 und nach einer Mitteilung des Senats über die Ergebnisse der Bund-Länder-Vereinbarungen und über die daraus folgenden Änderungen an dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 wieder aufzunehmen. Grundlage für die Fortsetzung der Beratungen sollen neben

dieser Mitteilung des Senats der Haushaltsentwurf für 2011 in der durch die in der Bürgerschaft (Landtag) beschlossenen Änderungsanträge geänderten Fassung sein.

III. Antrag und Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses (Land)

1. Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) in dem Fall der Drs. 17/1001 einstimmig, im Übrigen mehrheitlich, den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/die Grünen zu den Haushaltsgesetzen der Freien Hansestadt Bremen, zu den Haushalts- und Stellenplänen, zu den Produktgruppenhaushalten, zu den produktgruppenorientierten Stellenplänen und zu den Wirtschaftsplänen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 gemäß Anlage 1 zuzustimmen.

2. Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE. zu den Haushaltsgesetzen der Freien Hansestadt Bremen, zu den Haushalts- und Stellenplänen, zu den Produktgruppenhaushalten, zu den produktgruppenorientierten Stellenplänen und zu den Wirtschaftsplänen für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 gemäß Anlage 2 abzulehnen.

3. Haushaltsgesetz und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2010 (Drs. 17/835)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) bei Zustimmung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Ablehnung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE. und der FDP die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen, die Haushalts- und Stellenpläne, die Produktgruppenhaushalte und die produktgruppenorientierten Stellenpläne, die Wirtschaftspläne sowie die Darlegungen zur Begründetheit der Ausgaben im Zusammenhang mit einer Überschreitung der Höchstgrenze der Kreditaufnahme für das Haushaltsjahr 2010 zu beschließen.

4. Haushaltsgesetz und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2011 (Drs. 17/835)

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) zum Verfahren der weiteren Beratung des Haushaltsentwurfs 2011 einstimmig,

- a) über die Änderungsanträge der Fraktionen für 2011 zu beschließen,
- b) die zweite Lesung des Haushaltsgesetzes und der Haushaltspläne, der Stellenpläne, der Wirtschaftspläne und der Darlegungen zu Artikel 131 a LV für 2011 nach Beschlussfassung über die Änderungsanträge zu unterbrechen und die Beschlussfassung darüber auszusetzen,
- c) die Entwürfe des Haushaltsgesetzes und der Haushaltspläne, der Stellenpläne, der Wirtschaftspläne und der Darlegungen zu Artikel 131 a LV für 2011 in der durch die Änderungsanträge geänderten Fassung an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) mit der Bitte um Beratung und Berichterstattung rückzuverweisen.

Dr. Wolfgang Schürs
(Vorsitzender)

Bericht und Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) zu den Änderungsanträgen der Fraktionen

Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

PPI = Produktplan E-PI = Einzelplan
 PB = Produktbereich Kap. = Kapitel
 PGr = Produktgruppe Titel = Titel

Drs.	Maßnahme/ Stichwort zur Änderung	PPI E-PI	PB Kap	PGr Titel	Neuer Haushaltsanschlag Angabe in €		Abstimmungsergebnisse					Beschluss- empfeh- lung HAFA (Land)
					2010	2011	SPD	CDU	Bünd- nis 90/Die Grünen	Die Linke	FDP	
							ja	Enthal- tung	ja	Enthal- tung	ja	Zustim- mung
17/999	Bürgerschaft											
	I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:											
	Bürgerschaft Bürgerschaft	01	01.01.									
	Sicherstellung und Unterstützung der Arbeit der Bremischen Bürgerschaft Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2010 von 9.903 Tsd. € um 126 Tsd. € auf 10.029 Tsd. € erhöht . Die Beschäftigungszielzahl wird für das Jahr 2010 von 51,2 VTÄ um 1 VZÄ auf 52,2 VZÄ erhöht . Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2011 von 10.949 Tsd. € um 126 Tsd. € auf 11.075 Tsd. € erhöht . Die Beschäftigungszielzahl wird für das Jahr 2011 von 49,7 VZÄ um 1 VZÄ auf 50,7 VZÄ erhöht . II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert: Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Staatsgerichtshof, Bund, Datenschutz, Inneres, Frauen Bremische Bürgerschaft	01		01.01.01	10.029 Tsd.	11.075 Tsd.						
			0010									

	<p>Bezüge planmäßiger Beamter und Richter Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 627.050 € um 126.000 € auf 753.050 € erhöht. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 609.270 € um 126.000 € auf 735.270 € erhöht.</p>			422 01-9	753.050	735.270						
17/1000	Bürgerschaft						ja	Enthal- tung	ja	Enthal- tung	ja	Zustim- mung
	I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:											
	<p>Bürgerschaft Bürgerschaft Landesbehindertenbeauftragter Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2010 um 16 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2011 um 17 Tsd. € erhöht. (Grundlage Personalkostenhochrechnung Puma für Produktgruppe 01.01.02, Stand Oktober 2009) <u>Begründung</u> Es muss sichergestellt sein, dass personalwirtschaftliche Dispositionen des Landesbehindertenbeauftragten nicht zu Lasten der Personalmittel der Bürgerschaft gehen. Dementsprechend werden die folgenden Leistungsziele/-kennzahlen geändert: 2010: entfällt 2011: entfällt</p> <p>II. In konkreter Umsetzung wird der Haus- haltsplan wie folgt geändert: Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof. etc. Bremische Bürgerschaft Bezüge planmäßiger Beamter und Richter (Landesbehindertenbeauftragter) Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 71.330 € um 3.000 € auf 74.330 € erhöht. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 71.330 € um 4.000 € auf 75.330 € erhöht. Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Landesbehindertenbeauftragter) Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 90.160 € um 13.000 € auf 103.160 € erhöht.</p>	01	01.01	01.01.02	16 Tsd.	17 Tsd.						
		00	0010	422 21-3	74.330	75.330						
				428 21-1	103.160							

	Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 95.330 € um 13.000 € auf 108.330 € erhöht.					108.330						
17/1001	Senat, Senatskanzlei, Kirchliche Angelegenheiten						ja	ja	ja	ja	ja	Zustimmung
	I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Senat, Senatskanzlei, Kirchliche Angelegenheiten Senat, Senatskanzlei, Kirchliche Angelegenheiten Senat, Senatskanzlei, Kirchliche Angelegenheiten Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 um 56 Tsd. € erhöht . Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 um 56 Tsd. € erhöht . Dementsprechend werden die folgenden Leistungsziele/-kennzahlen geändert: 2010: entfällt 2011: entfällt II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert: Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Staatsgerichtshof, Bundesangelegenheiten, Datenschutz, Inneres, Frauen Senat und Senatskanzlei Restaurierung der Gedenkstätte Auschwitz Es wird ein Anschlag für das Jahr 2010 von 56.220 € eingestellt Es wird ein Anschlag für das Jahr 2011 von 56.220 € eingestellt.	03	03.01	03.01.01	56 Tsd.	56 Tsd.						
		00	0020	531 32-2 (neu)	56.220	56.220						
17/1002	Senat, Senatskanzlei, Kirchliche Angelegenheiten						ja	Enthaltung	ja	ja	Enthaltung	Zustimmung
	I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Senat, Senatskanzlei, Kirchliche Angelegenheiten. Senat, Senatskanzlei, Kirchliche Angelegenheiten Landeszentrale für politische Bildung	03	03.01	03.01.03								

	<p>Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 3.600.000 € um 228.000 € auf 3.312.000 € reduziert.</p> <p>Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 3.590.360 € um 228.000 € auf 3.302.360 € reduziert.</p> <p>Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Staatsgerichtshof, Bundesangelegenheiten, Datenschutz, Inneres, Frauen Polizei Bremen An SVIT für Bauunterhalt Polizeipräsidium Vahr</p> <p>Es wird ein Anschlag für das Jahr 2010 von 288.000 € eingestellt.</p> <p>Es wird ein Anschlag für das Jahr 2011 von 288.000 € eingestellt.</p> <p>Es wird folgender Haushaltsvermerk angebracht.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einnahmen fließen den Mitteln zu. 2. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel. 3. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig. 	00	0034	634 10-6 (neu)	3.312.000	288.000	3.302.360	288.000						
17/1004	Bildung						ja	nein	ja	nein	Enthaltung	Zustimmung		
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:</p> <p>Bildung Sonstiges Bildung Senatorische Angelegenheiten</p> <p>Es ergeben sich keine Änderungen im Produktgruppenhaushalt.</p> <p>Dementsprechend werden die folgenden Leistungsziele/-kennzahlen geändert:</p> <p>2010: entfällt 2011: entfällt</p> <p>II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:</p> <p>Bildung und Wissenschaft, Kultur Allgemeine Bewilligungen für Bildung An Hst. 3239/384 20-0, Kostenerstattung für Personalkosten der Lehrkräfte</p> <p>Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 351.133.310 € um 441.820 € auf</p>	21	21.90	21.90.01										
		02	0201	984 20-3		350.691.490								

	350.691.490 € reduziert. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 354.309.290 € um 441.820 € auf 353.867.470 € reduziert.					353.867.470						
17/1005	Kultur						ja	nein	ja	ja	Enthal- tung	Zustim- mung
	I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Kultur Sonstiges (Allg. Kulturpflege) Denkmalschutz/-pflege Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 um 27 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 um 27 t wird für das Jahr 2011 um 27 Tsd. € erhöht. Dementsprechend werden die folgenden Leistungsziele/-kennzahlen geändert: 2010: entfällt 2011: entfällt II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert: Bildung und Wissenschaft, Kultur Landesarchäologie Mieten und Pachten Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 40.000 € um 26.800 € auf 66.800 € erhöht. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 40.000 € um 26.800 € auf 66.800 € erhöht.	22	22.90	22.90.02	27 Tsd.	27 Tsd.						
		02	0259	518 00-8	66.800	66.800						
17/1006	Hochschulen und Forschung						ja	nein	ja	nein	ja	Zustim- mung
	I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Hochschulen und Forschung Sonstiges Wissenschaft Senatorische Angelegenh. Wissenschaft Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2010 von 2.277 Tsd. € um 63 Tsd. € auf 2.214 Tsd. € reduziert. Die Beschäftigungszahl wird für das Jahr 2010 von 34 BZÄ um 0,5 VZÄ auf 33,5 BZÄ reduziert. Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2011 von 2.220 Tsd. € um	24	24.90	24.90.01	2.214 Tsd.	2.157 Tsd.						

	<p>63 Tsd. € auf 2.157 Tsd. € reduziert. Die Beschäftigungszielzahl wird für das Jahr 2011 von 33 BZÄ um 0,5 VZÄ auf 32,5 VZÄ reduziert. II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert: Bildung und Wissenschaft, Kultur Behörde d. Sen. für Bildung und Wissenschaft Bezüge planmäßiger Beamten und Richter (Senatorische Angelegenheiten Hochschulen) Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 1.121.630 € um 63.000 € auf 1.058.630 € reduziert. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 1.088.130 € um 63.000 € auf 1.035.130 € reduziert.</p>	02	0200	422 94-5	1.058.630	1.025.130						
17/1007	Arbeit						ja	nein	ja	ja	Enthaltung	Zustimmung
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Arbeit Soziale Sicherheit Versorgungsamt Es wird ein Anschlag bei den nicht eckwertrelevanten Entnahmen aus Rücklagen für das Jahr 2010 in Höhe von 750 Tsd. € gebildet. Es wird ein Anschlag bei den nicht eckwertrelevanten Entnahmen aus Rücklagen für das Jahr 2011 in Höhe von 750 Tsd. € gebildet. Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 um 750 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 um 750 Tsd. € erhöht. Dementsprechend werden die folgenden Leistungsziele/-kennzahlen geändert: 2010: entfällt 2011: entfällt</p> <p>II. In konkreter Umsetzung wird der Haus-</p>	31	31.02	31.02.01	750 Tsd.	750 Tsd.						

	<p>haltsplan wie folgt geändert: Arbeit Ausgleichsabgaben Entnahme aus der Rücklage „Ausgleichsabgaben“ nach dem SGB IX Es wird ein Anschlag für das Jahr 2010 von 750.000. € eingestellt. Es wird ein Anschlag für das Jahr 2011 von 750.000 € eingestellt.</p> <p>Arbeit Ausgleichsabgaben Leistungen für unterstützte Beschäftigung Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 0 € um 250.000 € auf 250.000 € erhöht. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 0 € um 250.000 € auf 250.000 € erhöht. Es wird folgender Haushaltsvermerk angebracht: Gegenseitig deckungsfähig mit 681 30-6 und 681 31-4.</p> <p>Arbeit Ausgleichsabgaben Budget für Arbeit Es wird ein Anschlag für das Jahr 2010 von 250.000 € eingestellt. Es wird ein Anschlag für das Jahr 2011 von 250.000 € eingestellt. Es wird folgender Haushaltsvermerk angebracht: siehe zu 681 29-2.</p> <p>Arbeit Ausgleichsabgaben Job-Budget Es wird ein Anschlag für das Jahr 2010 von 250.000 € eingestellt. Es wird ein Anschlag für das Jahr 2011 von 250.000 € eingestellt. Es wird folgender Haushaltsvermerk angebracht: siehe zu 681 29-2.</p>	03	0304	359 10-2	750.000	750.000						
		03	0304	681 29-2	250.000	250.000						
		03	0304	681 30-6	250.000	250.000						
		03	0304	68131-4	250.000	250.000						
17/1008	Jugend und Soziales						ja	nein	ja	Enthal- tung	nein	Zustim- mung
	I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Jugend und Soziales Hilfen und Leistungen für ältere Menschen Investitionsförderung für Einrichtungen Der Anschlag bei den investiven Ausgaben	41	41.04	41.04.04	120 Tsd.							

	<p>wird für das Jahr 2010 um 120 Tsd. € reduziert. Der Anschlag bei den investiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 um 120 Tsd. € reduziert. Dementsprechend werden die folgenden Leistungsziele/-kennzahlen geändert: 2010: entfällt 2011: entfällt II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert: Jugend und Soziales Allgemeine Bewilligungen für Soziales Investitionskostenzuschüsse infolge der Einführung der Pflegeversicherung Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 2.000.000 € um 120.000 € auf 1.880.000 € reduziert. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 2.050.000 € um 120.000 € auf 1.930.000 € reduziert.</p>	04	0401	893 10-5	1.880.000	120 Tsd.						
							ja	nein	ja	nein	ja	Zustimmung
17/1009	Gesundheit											
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Gesundheit Arbeitsschutz, Sicherheit, Eichwesen Fachdienste für Arbeitsschutz Die Beschäftigungszielzahl wird für das Jahr 2010 von 0 VZÄ um 14,3 VZÄ auf 14,3 VZÄ erhöht. Die Beschäftigungszielzahl wird für das Jahr 2011 von 0 VZÄ um 13,9 VZÄ auf 13,9 VZÄ erhöht. II. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Gesundheit Arbeitsschutz, Sicherheit, Eichwesen Gewerbeaufsicht des Landes Bremen Die Beschäftigungszielzahl wird für das Jahr 2010 von 0 VZÄ um 53,9 VZÄ auf 53,9 VZÄ erhöht. Die Beschäftigungszielzahl wird für das Jahr 2011 von 0 VZÄ um 53,1 VZÄ auf 53,1 VZÄ erhöht.</p>	51	51.04	51.04.01								
		51	51.04	51.04.02								

	<p>III. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Gesundheit Arbeitsschutz, Sicherheit, Eichwesen Landeseichdirektion Bremen Die Beschäftigungszielzahl wird für das Jahr 2010 von 0 VZÄ um 15,7 VZÄ auf 15,7 VZÄ erhöht. Die Beschäftigungszielzahl wird für das Jahr 2011 von 0 VZÄ um 15,4 VZÄ auf 15,4 VZÄ erhöht.</p>	51	51.04									
17/1010	Gesundheit						ja	nein	ja	nein	ja	Zustimmung
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Gesundheit Sonstiges Gesundheit Senatorische Angelegenheiten Gesundheit Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2010 von 3.079 Tsd. € um 63 Tsd. € auf 3.016 Tsd. € reduziert. Die Beschäftigungszielzahl wird für das Jahr 2010 von 40,7 VZÄ um 0,5 VZÄ auf 40,2 VZÄ reduziert. Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2011 von 3.008 Tsd. € um 63 Tsd. € auf 2.945 Tsd. € reduziert. Die Beschäftigungszielzahl wird für das Jahr 2011 von 39,4 VZÄ um 0,5 VZÄ auf 38,9 VZÄ reduziert.</p> <p>II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert: Jugend und Soziales, Ausländerintegration Behörde d. Sen. für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Bezüge planmäßiger Beamten und Richter (Senatorische Angelegenheiten Gesundheit) Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 960.970 € um 63.000 € auf 897.970 € reduziert. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 933.300 € um 63.000 € auf 870.300 € reduziert.</p>	51	51.90	51.90.01	3.016 Tsd.	2.945 Tsd.						
		04	0400	422 91-5	897.970	870.300						

<p>Die Beschäftigungszielzahl wird für das Jahr 2010 von 39,2 VZÄ um 7,8 VZÄ auf 31,4 VZÄ reduziert. Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2011 um 412 Tsd. € reduziert. Die Beschäftigungszielzahl wird für das Jahr 2011 von 38,0 VZÄ um 7,8 VZÄ auf 30,2 VZÄ reduziert. Dementsprechend werden die folgenden Leistungsziele/-kennzahlen geändert: 2010: entfällt 2011: entfällt II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert: Finanzen Behörde der Senatorin für Finanzen Bezüge planmäßiger Beamten und Richter (Steuer/überreg. Finanzbeziehungen) Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 1.920.640 € um 411.520 € auf 1.509.120 € reduziert. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 1.863.530 € um 411.520 € auf 1.452.010 € reduziert.</p>	09	0900	422 92-0	1.509.120	1.452.010							
<p>17/1013 Finanzen/Personal</p>						ja	nein	ja	Enthal-	tung	nein	Zustim-
<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Finanzen/Personal Sonstiges Finanzen Senatorische Angelegenheiten Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2010 um 412 Tsd. € erhöht. Die Beschäftigungszielzahl wird für das Jahr 2010 von 35,6 VZÄ um 7,8 VZÄ auf 42,8 VZÄ erhöht. Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2011 um 412 Tsd. € erhöht. Die Beschäftigungszielzahl wird für das Jahr 2011 von 34,5 VZÄ um 7,8 VZÄ auf 42,3 VZÄ erhöht. II. In konkreter Umsetzung wird der Haus-</p>	91	91.90	91.90.01									

	<p>haltsplan wie folgt geändert: Finanzen Behörde der Senatorin für Finanzen Bezüge planmäßiger Beamten und Richter Der Anschlag wird für das Jahr von 873.830 € um 411.520 € auf 1.285.350 € erhöht. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 849.550 € um 411.520 € auf 1.261.070 € erhöht.</p>	09	0900	422 01-6	1.285.350	1.261.070						
17/1015	Allgemeine Finanzen						ja	ja	ja	Enthal- tung	Enthal- tung	Zustim- mung
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Allgemeine Finanzen Allgemeine Finanzen Allgemeine Finanzen (Sonstiges) Der Anschlag bei den konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 um 11.996 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 um 11.996 Tsd. € erhöht. Dementsprechend werden die folgenden Leistungsziele/-kennzahlen geändert: 2010: entfällt 2011: entfällt</p> <p>II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert: Finanzen Öffentliches Grundvermögen (Echt-)Mieten und (Echt-)Pachten an das Sondervermögen Immobilien und Technik Es wird ein Anschlag für das Jahr 2010 von 11.996.230 € eingestellt. Es wird ein Anschlag für das Jahr 2011 von 11.996.230 € eingestellt.</p>	92	92.01	92.01.02								
		09	0987	518 50-2	11.996.230	11.996.230						
17/1016	Allgemeine Finanzen						ja	ja	ja	Enthal- tung	Enthal- tung	Zustim- mung
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Allgemeine Finanzen Allgemeine Finanzen Allgemeine Finanzen (Sonstiges) Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 um 40</p>	92	92.01	92.01.02								

	An Sondervermögen „Immobilien und Technik“ für Bauunterhaltungsmaßnahmen Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 800.000 € um 800.000 € auf 0 € reduziert . Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 800.000 € um 800.000 € auf 0 € reduziert . Finanzen Öffentliches Grundvermögen An Sondervermögen „Immobilien und Technik“ für Instandhaltungsinvestitionen Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 800.000 € um 800.000 € auf 0 € reduziert . Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 800.000 € um 800.000 € auf 0 € reduziert .	09	0987	634 11-1 884 11-8	0 0	0 0						
17/1018	Allgemeine Finanzen						ja	nein	ja	Enthal- tung	Enthal- tung	Zustim- mung
	I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Allgemeine Finanzen Allgemeine Finanzen Allgemeine Finanzen (Sonstiges) Der Anschlag bei den investiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 um 148 Tsd. € reduziert . Der Anschlag bei den investiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 um 148 Tsd. € reduziert . Dementsprechend werden die folgenden Leistungsziele/-kennzahlen geändert: 2010: entfällt 2011: entfällt II. In konkreter Umsetzung wird der Haus- haltsplan wie folgt geändert: Finanzen Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen Inanspruchnahme aus Gewährleistungen Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 500.000 € um 148.020 € auf 351.980 € reduziert . Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 500.000 € um 148.020 € auf 351.980 € reduziert .	92	92.01	92.01.02								
		09	0980	871 01-0	351.980	351.980						

17/1019	Allgemeine Finanzen						ja	nein	ja	Enthal- tung	Enthal- tung	Zustim- mung
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Allgemeine Finanzen Zentral veranschlagte Personalausgaben Globale Mehrausgaben Personal Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2010 von 50.108 Tsd. € um 46 Tsd. € auf 50.062 Tsd. € reduziert. Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2011 von 69.369 Tsd. € um 222 Tsd. € auf 69.147 Tsd. € reduziert.</p> <p>II. In konkreter Umsetzung wird der Haus- haltsplan wie folgt geändert: Finanzen Zentral veranschlagte Personalausgaben Globale Mehrausgaben Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 21.991.250 € um 46.000 € auf 21.945.250 € reduziert. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 31.251.380 € um 222.000 € auf 31.029.380 € reduziert.</p>	92	92.02	92.02.01	50.062 Tsd.	69.147 Tsd.						
	<p>Finanzen Zentral veranschlagte Personalausgaben Globale Mehrausgaben Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 21.991.250 € um 46.000 € auf 21.945.250 € reduziert. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 31.251.380 € um 222.000 € auf 31.029.380 € reduziert.</p>	09	0990	461 03-1	21.945.250	31.029.380						
17/1020	Zentrale Finanzen						ja	nein	ja	Enthal- tung	Enthal- tung	Zustim- mung
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Zentrale Finanzen Zentrale Finanzen Steuern, steuerabhängige Einnah- men/Ausgaben Dementsprechend werden die folgenden Leistungsziele/-kennzahlen geändert: 2010: entfällt 2011: entfällt</p> <p>II. In konkreter Umsetzung wird der Haus- haltsplan wie folgt geändert: Finanzen Zuweisungen und Zuschüsse an Gemein- den An Hst. 3971/384 08-8, Ergänzungszuwei- sungen Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 27.100.000 € um 22.012.000 € auf</p>	93	93.01	93.01.01								
	<p>Finanzen Zuweisungen und Zuschüsse an Gemein- den An Hst. 3971/384 08-8, Ergänzungszuwei- sungen Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 27.100.000 € um 22.012.000 € auf</p>	09	0972	984 08-6	49.112.000							

	49.112.000 € erhöht. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 27.100.000 € um 22.012.000 € auf 49.112.000 € erhöht.					49.112.000						
17/1021	Zentrale Finanzen						ja	nein	ja	Enthal- tung	Enthal- tung	Zustim- mung
	Zentrale Finanzen Zentrale Finanzen Steuerähnliche Abgaben Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 um 667 Tsd. € reduziert. Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 um 667 Tsd. € reduziert. Dementsprechend werden die folgenden Leistungsziele/-kennzahlen geändert: 2010: entfällt 2011: entfällt II. In konkreter Umsetzung wird der Haus- haltsplan wie folgt geändert: Finanzen Allgemeines Zusätzliche (Rest-)Mittel für Ressortprobleme Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 666.670€ um 666.670 € auf 0 € reduziert. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 666.670 € um 666.670 € auf 0 € reduziert.	93	93.01	93.01.03								
		09	0995	973 14-6	0	0						
17/1022	IT-Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen						ja	nein	ja	Enthal- tung	nein	Zustim- mung
	I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: IT-Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen IT/E-Government-Budget der FHB IT/E-Government-Budget der FHB Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 um 2.000 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 um 2.000 Tsd. € erhöht. Dementsprechend werden die folgenden Leistungsziele/-kennzahlen geändert:	96	96.01.01	96.01.01								

<p>2010: entfällt 2011: entfällt II. In konkreter Umsetzung wird der Haus- haltsplan wie folgt geändert: Finanzen IT-Budget Sachausgaben für IT-Angelegenheiten Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 0 € um 440.000 € auf 440.000 € erhöht. Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 0 € um 400.000 € auf 400.000 € erhöht.</p>	09	0950	511 00-1	440.000						
					400.000					
<p>Finanzen IT-Budet An Dataport, Entgelte für Dienstleistungen Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 8.284.110 € um 800.000 € auf 9.084.110 € erhöht. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 8.284.110 um 800.000 € auf 9.084.110 € erhöht.</p>	09	0950	532 00-9	9.084.110						
						9.084.110				
<p>Finanzen IT-Budet IT-Fachaufgaben (Justiz und Verfassung) Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 45.000 € um 500.000 € auf 545.000 € er- höht. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 45.000 € um 500.000 € auf 545.000 € er- höht.</p>	09	0950	539 10-0	545.000						
						545.000				
<p>Finanzen IT-Budget IT-Fachaufgaben (Polizei Bremen) Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 545.820 € um 150.000 € auf 695.820 € erhöht. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 545.820 € um 300.000 € auf 845.820 € erhöht.</p>	09	0950	539 44-5	695.820						
						845.820				
<p>Finanzen IT-Budget IT-Fachaufgaben (Umwelt, Bau, Verkehr und Europa) Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 23.500 € um 110.000 € auf 133.500 € er- höht.</p>	09	0950	539 60-7	133.500						

							ja	nein	ja	ja	Enthal- tung	Zustim- mung
17/1023	Umwelt, Bau, Verkehr und Europa											
	Der Haushaltsplan wird wie folgt geändert: Umwelt, Bau, Verkehr und Europa Abwasserabgabe Entnahme aus der BrAbgAG-Rücklage Anbringung eines Haushaltsvermerks (2010/2011) : Eine Entnahme aus der Rücklage bedarf der Zustimmung der Deputation für Umwelt und Energie.	06	0628	359 10-5								
17/1024	Umwelt, Bau, Verkehr und Europa						ja	nein	ja	ja	nein	Zustim- mung
	Umwelt, Bau, Verkehr und ,Europa Wasserentnahmegebühr Entnahme aus der Wasserentnahmegebüh- rücklage Anbringung eines Haushaltsvermerks (20/2011) : Eine Entnahme aus der Rücklage bedarf der Zustimmung der Deputation für Umwelt und Energie.	06	0629	359 10-9								
17/1025	Der Produktgruppenhaushalt und der Haushaltsplan werden wie folgt geändert. A) 2010 1. Gemäß Anlage werden die Mieten aus Verwaltungsgrundvermögen veranschlagten Einnahmen (insgesamt 10.394.370 €) und Ausgaben (insgesamt 12.296.230 €) in der für die jeweiligen Haushaltsstelle angegebenen Höhe gestrichen. 2. I Produktgruppenhaushalt ändern sich bei den betroffenen Produktplänen, Produktbereichen und Produktgruppen die Verrechnungen/Erstattungen entsprechend. B) 2011 1. Gemäß Anlage werden die Mieten aus Verwaltungsgrundvermögen veranschlagten Einnahmen (insgesamt 10.394.370 €) und Ausgaben (insgesamt 12.296.230 €) in der für die jeweiligen Haushaltsstelle angegebenen Höhe gestrichen. 2. I Produktgruppenhaushalt ändern sich bei den betroffenen Produktplänen, Produktbereichen und Produktgruppen die Verrechnungen/Erstattungen entsprechend.						ja	ja	ja	Enthal- tung	Enthal- tung	Zustim- mung
17/1026	Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die im Produktgruppenhaushalt 2010/2011 enthaltenen Angaben (Basisin- formationen, Angaben zum Ressourceneinsatz, zu den Leistungszielen-kennzahlen, Vergleichskennzahlen, Kapazitäts- daten etc.) in den Fällen anzupassen, in denen 1. im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen für die Jahre 2010/2011 eine Veränderung von Produktbe- reichs- bzw. Produktgruppenbudgets in einem für das jeweilige Budget erheblichen Umfang erfolgte, 2. zu den Personaldaten aktuellere Angaben zum voraussichtlichen Personalbestand in den Jahren 2010/2011 vorlie- gen, 3. zwischenzeitlich von den Ressorts neue bzw. aktualisierte - den Informationsgehalt der vorliegenden Produktbe- reichs- bzw. Produktgruppenblätter verbessernde - Angaben erarbeitet werden konnten.						ja	Enthal- tung	ja	Enthal- tung	Enthal- tung	Zustim- mung

										ja	Enthal-	ja	Enthal-	nein	Zustim-
										tung	tung	nein	Zustim-		
17/1027	Die Stellenpläne werden wie folgt geändert:														
	Produkt-	Kapitel	Budget-	2010			2011								
	gruppe		Bereich	von	um	auf	von	um	auf						
	110104	0180	Kern	11,2	1,2	10,0	11,2	-1,2	10,0						
	110105	0181	Kern	35,7	-2,8	32,9	38,5	-5,6	32,9						
	110106	0150	Kern	9,7	-2,9	7,7	9,7	-2,0	7,7						
	110107	0151	Kern	28,0	-0,9	27,2	28,1	-0,9	27,2						
	110201	0130	Kern	41,1	-2,4	38,6	42,1	-3,5	38,6						
	110202	0141	Kern	3,1	-0,6	2,5	3,1	-0,6	2,5						
	110203	0131	Kern	134,4	-2,0	132,4	135,5	-3,0	132,5						
	110204	0132	Kern	338,0	-17,1	321,0	345,1	-24,1	321,0						
	11205	0133	Kern	90,6	-3,3	87,4	93,6	-6,2	87,4						
	110206	0134	Kern	52,1	-0,7	51,5	52,6	-1,12	51,5						
	110301	0110	Kern	7,7	-!;§	&,%	!;/	-!;§	&,%						
	110302	0111	Kern	165,8	-2,3	163,5	169,9	-6,4	163,5						
	110401	0120	Kern	341,3	- 1,0	340,3	336,4	-1,0	335,4						
	119001	0100	Kern	31,2	-1,3	29,9	31,2	-1,3	29,9						
	Perso-		Kern		-38,8			-58,2							
	nalhaus														
	halte														
	Die Finanzverwaltung wird ermächtigt, die Detaillierung im Stellenplan vorzunehmen														
17/1028	Die Stellenpläne werden wie folgt geändert:									ja	Enthal-	ja	Enthal-	Enthal-	Zustim-
	Produkt-	Kapitel	Budget-	2010			2011				tung		tung	tung	mung
	gruppe		bereich	von	um	auf	von	um	auf						
	710101	0700	Kern	37,9	0,0	37,9	39,2	-1,0	38,2						
	710201	0700	Kern	59,0	-1,7	57,3	59,0	-1,7	57,3						
	Perso-		Kern		-1,7			-2,7							
	nalhaus														
	halte														
	Die Finanzverwaltung wird ermächtigt, die Detaillierung im Stellenplan vorzunehmen														
17/1029	Die Stellenpläne werden wie folgt geändert:									ja	nein	ja	ja	nein	Zustim-
	Produkt-	Kapitel	Budget-	2010			2011								mung
	gruppe		bereich	von	um	auf	von	um	auf						
	810101	0700	Kern	35,3	-3,1	32,2	34,8	-3,1	31,7						

	Personalhaus halte		Kern		-3,1			-3,1							
	Die Finanzverwaltung wird ermächtigt, die Detaillierung im Stellenplan vorzunehmen														
17/1030	Die Stellenpläne werden wie folgt geändert:									ja	nein	ja	Enthaltung	nein	Zustimmung
	Produktgruppe	Kapitel	Budgetbereich	2010			2011								
				von	um	auf	von	um	auf						
	910101	0900	Kern	49,2	-5,8	43,3	48,2	-4,8	43,4						
	910102	0956	Kern	78,7	-2,6	76,1	79,1	-2,0	77,1						
	910103	0955	Kern	141,4	-16,0	125,4	140,4	-14,9	125,4						
	910103	0955	Refi	0,0	3,0	3,0	0,0	3,0	3,0						
	910104	0951	Kern	299,5	-9,5	290,0	299,5	-9,5	290,0						
	910104	0951	Refi	0,0	3,0	3,0	0,0	3,0	3,0						
	910105	0952	Kern	232,7	-19,9	212,7	232,7	-19,9	212,7						
	910105	0952	Refi	0,0	3,0	3,0	0,0	3,0	3,0						
	910106	0953	Kern	196,0	-3,8	192,2	196,8	-4,6	192,2						
	910106	0953	Refi	0,0	3,0	3,0	0,0	3,0	3,0						
	910107	0954	Kern	88,7	-6,4	82,2	87,0	-4,8	82,8						
	910107	0954	Refi	0,0	3,0	3,0	0,0	3,0	3,0						
	910201	0900	Kern	43,4	1,0	44,4	42,9	1,5	44,4						
	910202	0910	Kern	73,0	0,6	73,6	71,2	2,4	73,6						
	910301	0900	Kern	56,0	-12,5	43,5	57,0	-13,6	43,5						
	910302	0901	Kern	218,0!	1,0	219,0	218,0	1,0	219,0						
	910303	0926	Kern	29,3	4,0	33,3	29,3	4,0	33,3						
	910304	0923	Kern	9,5	1,0	10,5	9,5	1,0	10,5						
	919001	0900	Kern	58,7	18,6	77,3	58,7	18,6	77,3						
	Personalhaus halte		Kern Refi		-25,3 15,0			-15,6 15,0							
	Die Finanzverwaltung wird ermächtigt, die Detaillierung im Stellenplan vorzunehmen														
17/1031	Das Haushaltsgesetz 2010 wird wie folgt geändert: § 14 Absatz 4 wird wie folgt geändert: a) Dem Absatz 4 werden nach Satz 2 die folgenden Sätze 3 bis 5 angefügt: „Zur Umsetzung des zentralen Cashmanagements wird die Senatorin für Finanzen nach Zustimmung durch den Haushalts- und Finanzausschuss für den jeweiligen Einzelfall ermächtigt, Sondervermögen, Eigenbetrieben, Stiftungen, Anstalten des öffentlichen Rechts sowie Eigengesellschaften, die zuvor Teile der Gebietskörperschaft der Freien Hansestadt Bremen waren oder deren Aufgaben wahrnehmen, im Haushaltsjahr 2010 verzinsliche Liquiditätshilfen unter Anrechnung auf die in Satz 1 festgelegte Höhe zu gewähren. Der Haushalts- und Finanzausschuss wird ermächtigt, Regelungen zur Umsetzung des zentralen Cashmanagements zu									ja	nein	ja	abwesend	Enthaltung	Zustimmung

	<p>treffen und hierin die allgemeinen Grundlagen und Kriterien für verzinsliche Liquiditätshilfen zu definieren und festzulegen. Die am Cashmanagement beteiligten Vertragspartner haben einen Rahmenvertrag zu vereinbaren, in dem die Regelungen zum zentralen Cashmanagement bei der Senatorin für Finanzen berücksichtigt sind.“ b) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden zu den Sätzen 6 und 7. c) In Satz 6 (neu) werden die Worte „Absatz 1 Satz 1“ durch die Worte „Absatz 1 Nummer 1“ ersetzt. Das Haushaltsgesetz 2011 wird wie folgt geändert: § 14 Absatz 4 wird wie folgt geändert: a) Dem Absatz 4 werden nach Satz 2 die folgenden Sätze 3 bis 5 angefügt: „Zur Umsetzung des zentralen Cashmanagements wird die Senatorin für Finanzen nach Zustimmung durch den Haushalts- und Finanzausschuss für den jeweiligen Einzelfall ermächtigt, Sondervermögen, Eigenbetrieben, Stiftungen, Anstalten des öffentlichen Rechts sowie Eigengesellschaften, die zuvor Teile der Gebietskörperschaft der Freien Hansestadt Bremen waren oder deren Aufgaben wahrnehmen, im Haushaltsjahr 2010 verzinsliche Liquiditätshilfen unter Anrechnung auf die in Satz 1 festgelegte Höhe zu gewähren. Der Haushalts- und Finanzausschuss wird ermächtigt, Regelungen zur Umsetzung des zentralen Cashmanagements zu treffen und hierin die allgemeinen Grundlagen und Kriterien für verzinsliche Liquiditätshilfen zu definieren und festzulegen. Die am Cashmanagement beteiligten Vertragspartner haben einen Rahmenvertrag zu vereinbaren, in dem die Regelungen zum zentralen Cashmanagement bei der Senatorin für Finanzen berücksichtigt sind.“ b) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden zu den Sätzen 6 und 7. c) In Satz 6 (neu) werden die Worte „Absatz 1 Satz 1“ durch die Worte „Absatz 1 Nummer 1“ ersetzt.</p>										
17/1032	<p>Das Haushaltsgesetz 2010 wird wie folgt geändert: § 14 wird wie folgt geändert: Dem Absatz 6 wird folgender Absatz 6a angefügt: „(6a) Die Senatorin für Finanzen wird im Zusammenhang mit der Umstellung der bisherigen Verrechnungsmieten auf Ehtmieten im Bereich des Immobilienmanagements ermächtigt, dem Sondervermögen „Immobilien und Technik des Landes Bremen“ (SVIT-L) bis zum 30. Juni 2010 einen unverzinslichen Kassenkredit bis zur Höhe von 50 v.H. der im Wirtschaftsplan 2010 des Sondervermögens für Bauunterhalt vorgesehenen Mittel zu gewähren.“</p>	ja	Enthaltung	ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Zustimmung			
17/1033	Allgemeine Finanzen	ja	ja	ja	Enthaltung	Enthaltung	Zustimmung				
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Allgemeine Finanzen Allgemeine Finanzen Allgemeine Finanzen (Sonstiges) Der Anschlag bei den Konsumtiven Einnahmen wird für das Jahr 21010 um 4.827 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den Konsumtiven Einnahmen wird für das Jahr 2011 um 4.827 Tsd. € erhöht. Dementsprechend werden die folgenden Leistungsziele/-kennzahlen geändert: 2010: entfällt 2011: entfällt</p> <p>II. In konkreter Umsetzung wird der Haus-</p>	92	92.01	92.01.02							

	<p>haltsplan wie folgt geändert: Finanzen Öffentliches Grundvermögen Vom Sondervermögen Immobilien und Technik, Eigenkapitalverzinsung Es wird ein Anschlag für das Jahr von 4.827.000 € eingestellt.</p>	09	0987	161 10-8	4.827.000							
	Es wird ein Anschlag für das Jahr 2011 von 4.827.000 € eingestellt.					4.827.000						
17/1079	<p>Das Haushaltsgesetz 2010 wird wie folgt geändert: 1. § 13 wird wie folgt geändert: In Absatz 2 werden folgende Nrn. 8 und 9 neu angefügt: „8. für die Zustimmungsbedürftigkeit des Betriebsausschusses und der Bürgerschaft zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen gem. § 18 Abs. 3 Satz 2 BremSVG, für die Veranschlagung von Anschaffungskosten gem. § 20 Abs. 1 Satz 3 BremSVG, für die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen gem. §20 Abs. 2 Satz 3 BremSVG und für die Zustimmungsbedürftigkeit der Bürgerschaft gem. §20 Abs. 6 Satz 1 BremSVG Betragsgrenzen festzusetzen. Eine Überschreitung dieser Betragsgrenzen bedarf jeweils der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses.“ <u>Begründung:</u> Grundsätzlich sollten im BremSVG keine Betragsgrenzen festgelegt werden, wenn über deren Praxistauglichkeit im weiteren Verfahren zu entscheiden ist. Aufgrund der terminlichen Überschneidung der zu beschließenden Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2010 und 2011 und des Bremischen Gesetzes für Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen des Landes und der Stadtgemeinden (BremSVG) und der noch ausstehenden Abstimmungen mit den Fachressorts erscheint die Ermächtigung für den Haushalts- und Finanzausschuss angemessen. Dieses Verfahren stellt sicher, dass die festzulegenden Betragsgrenzen im Einvernehmen mit den Beteiligten beschlossen werden. Die Entscheidung des Haushalts- und Finanzausschusses tritt jeweils an die Stelle der im BremSVG vorgesehenen Entscheidung der Bürgerschaft. „9. über die Verwendung von Minderausgaben in Höhe von mehr als 1 000 000 Euro, die sich bei einzelnen Investitionsvorhaben aufgrund einer Unterschreitung des festgestellten Kostenrahmens innerhalb eines sonstigen Sondervermögens ergeben, zu entscheiden.“ <u>Begründung:</u> Anstelle der Bürgerschaft sollte der Haushalts- und Finanzausschuss ermächtigt werden, über die Verwendung von Minderausgaben in Höhe von mehr als 1 000 000 Euro zu entscheiden, da dieses Gremium auch bei haushaltswirksamen Beschlüssen für die bremischen Haushaltspläne entscheidet und somit die materielle Gleichstellung der Beschlussgremien sichergestellt ist. 2. § 15 wird wie folgt geändert: Nach Absatz 16 wird folgender Absatz 17 neu angefügt: „(17) Mehrausgaben für ein Einzelvorhaben innerhalb eines sonstigen Sondervermögens oder Eigenbetriebs, die einem im Investitionsplan festgesetzten Betrag um bis zu dem vom Haushalts- und Finanzausschuss nach § 13 Abs. 2 Nr. 8 zu bestimmenden Betrag überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Sondervermögensausschusses oder Betriebsausschusses ausschließlich.“ <u>Begründung:</u> Die Regelung bezieht sich auf § 20 Abs. 6 Satz 1 BremSVG und korrespondiert mit dem Ergänzungsantrag zu §13 Abs. 2 Nr. 8. Mehrausgaben für ein Einzelvorhaben bis zu der vom Haushalts- und Finanzausschuss festzulegenden Betragsgrenze bedürfen danach ausschließlich der Zustimmung des Sondervermögens- oder Betriebsausschusses und Mehrausgaben für ein Einzelvorhaben oberhalb dieser</p>						ja	nein	ja	abwesend	nein	Zustimmung

	<p>Bundesanteil für vorgeleistete SGB II-Leistungen Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 51.357.000 € um 4.440.220 € auf 46.916.780 € reduziert. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 51.395.000 € um 3.948.070 € auf 47.446.930 € reduziert. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert: Jugend und Soziales, Ausländerintegration Sonstige Sozialleistungen An Hst. 3472/384 10-3, Bundesanteil für vorgeleistete Alg II-Leistungen Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 43.116.360 € um 5.744.580 € auf 37.371.780 € reduziert. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 46.272.180 € um 8.485.250 € auf 37.786.930 € reduziert. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert: Jugend und Soziales, Ausländerintegration Sonstige Sozialleistungen An Hst. 6440/385 10, Bundesanteil für vorgeleistete Alg II-Leistungen Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 10.042.000 € um 497.000 € auf 9.545.000 € reduziert. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 9.925.000 € um 255.000 € auf 9.660.000 € reduziert.</p>	04	0408	231 10-8	46.916.780	47.446.930						
	<p>An Hst. 3472/384 10-3, Bundesanteil für vorgeleistete Alg II-Leistungen Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 43.116.360 € um 5.744.580 € auf 37.371.780 € reduziert. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 46.272.180 € um 8.485.250 € auf 37.786.930 € reduziert. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert: Jugend und Soziales, Ausländerintegration Sonstige Sozialleistungen An Hst. 6440/385 10, Bundesanteil für vorgeleistete Alg II-Leistungen Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 10.042.000 € um 497.000 € auf 9.545.000 € reduziert. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 9.925.000 € um 255.000 € auf 9.660.000 € reduziert.</p>	04	0408	984 10-6	37.371.780	37.786.930						
	<p>An Hst. 6440/385 10, Bundesanteil für vorgeleistete Alg II-Leistungen Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 10.042.000 € um 497.000 € auf 9.545.000 € reduziert. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 9.925.000 € um 255.000 € auf 9.660.000 € reduziert.</p>	04	0408	985 10-2	9.545.000	9.660.000						
17/1084	Zentrale Finanzen						ja	ja	ja	ja	Enthaltung	Zustimmung
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Zentrale Finanzen Zentrale Finanzen Steuern, steuerabhängige Einnahmen/Ausg. Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Einnahmen wird für das Jahr 2010 um 54.439. Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Einnahmen wird für das Jahr 2011 um</p>	93	93.01	93.01.01								

54.439 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 um 1.410 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 um 1.410 Tsd. € erhöht. Dementsprechend werden die folgenden Leistungsziele/-kennzahlen geändert: 2010: entfällt 2011: entfällt									
Finanzen	09								
Steuern		0970							
Globale Steuermehr-/mindereinnahmen			069 15-1						
Es wird ein Anschlag für das Jahr 2010 von 34.000.000 € eingestellt.				34.000.000					
Es wird ein Anschlag für das Jahr 2011 von 34.000.000 € eingestellt.						34.000.000			
Finanzen	09								
Bundes- und Länderfinanzausgleich		0973							
Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich			212 01-0						
Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 495.000.000 € um 39.000.000 € auf 456.000.000 € reduziert.				456.000.000					
Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 510.000.000 € um 39.000.000 € auf 471.000.000 € reduziert.						471.000.000			
Finanzen	09								
Bundes- und Länderfinanzausgleich		0973							
Bundesergänzungszuweisungen			211 01-3						
Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 218.332.000 € um 7.000.000 € auf 211.332.000 € reduziert.				211.332.000					
Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 223.332.000 € um 7.000.000 € auf 216.332.000 € reduziert.						216.332.000			
Finanzen	09								
Allgemeines		0995							
Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer und der LKW-Maut			211 02-5						
Es wird ein Anschlag für das Jahr 2010 von 54.439.000 € eingestellt.				54.439.000					
Es wird ein Anschlag für das Jahr 2011 von						54.439.000			

	<p>Finanzen Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen Kreditmarktmittel und Anleihen Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 2.464.310.550 € um 10.774.480 € auf 2.453.536.070 € reduziert. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 2.527.051.540 € um 13.765.300 € auf 2.513.286.240 € reduziert.</p>	09	0980	325 30-0	2.453.536.070	2.513.286.240						
17/1086	<p>Das Haushaltsgesetz 2010 wird wie folgt geändert: 1. § 1 wird wie folgt geändert: a) In Absatz 1 wird die Angabe „4 951 999 520 Euro“ durch die Angabe „4 974 406 450 Euro“ ersetzt. b) Absatz 2 wird wie folgt geändert: I. In Satz 1 wird die Angabe „7 530“ durch die Angabe „7 436“ ersetzt. II. In Satz 4 wird die Angabe „295“ durch die Angabe „310“ ersetzt. 2. In § 14 Absatz 1 Nr. 1 wird die Angabe „2 464 310 550 Euro“ durch die Angabe „2 453 536 070 Euro“ ersetzt.</p> <p>Das Haushaltsgesetz 2011 wird wie folgt geändert: § 1 wird wie folgt geändert: a) In Absatz 1 wird die Angabe „5 073 284 810 Euro“ durch die Angabe „5 093 193 070 Euro“ ersetzt. b) Absatz 2 wird wie folgt geändert: I. In Satz 1 wird die Angabe „7 520“ durch die Angabe „7 409“ ersetzt. II. In Satz 4 wird die Angabe „296“ durch die Angabe „311“ ersetzt. 3. In § 14 Absatz 1 Nr. 1 wird die Angabe „2 527 051 540 Euro“ durch die Angabe „2 513 286 240 Euro“ ersetzt.</p>						ja	nein	ja	abwesend	nein	Zustimmung
17/1098	<p>Das Haushaltsgesetz 2010 wird wie folgt geändert: § 12 wird wie folgt geändert: Absatz 6 wird wie folgt angefügt: „Die Senatorin für Finanzen wird ermächtigt zur Berechnung von Pensionsrückstellungen und ähnlicher Verpflichtungen der Freien Hansestadt Bremen die dafür notwendigen Daten aus den Verfahren PuMa / KIDICAP unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Vorschriften zu verarbeiten. Dies schließt die anonymisierte Weitergabe der Daten an für die Durchführung der Berechnung der Pensionsrückstellung beauftragte Dritte ein.“ Das Haushaltsgesetz 2011 wird wie folgt geändert: § 12 wird wie folgt geändert: Absatz 6 wird wie folgt angefügt: „Die Senatorin für Finanzen wird ermächtigt zur Berechnung von Pensionsrückstellungen und ähnlicher Verpflichtungen der Freien Hansestadt Bremen die dafür notwendigen Daten aus den Verfahren PuMa / KIDICAP unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Vorschriften zu verarbeiten. Dies schließt die anonymisierte Weitergabe der Daten an für die Durchführung der Berechnung der Pensionsrückstellung beauftragte Dritte ein.“</p>						ja	nein	ja	abwesend	nein	Zustimmung

Haushalts- Stelle	Zweckbestimmung 1	Zweckbestimmung 2	Produkt- gruppe	Entwurf 2010 Euro	Entwurf 2011 Euro
A) Einnahmen					
0987.38005-5	Von anderen Kapiteln, konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	920102	5.819.310,00	5.819.310,00
0987.38006-3	Von anderen Kapiteln, investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	920102	4.214.360,00	4.214.360,00
0987.38015-2	Von anderen Kapiteln, Mieten für Bestands- von anderen Kapiteln (Stadt), konsumtive Mieten aus Verwaltungsgrundvermögen	Verwaltungsgrundvermögen	920102	300.000,00	300.000,00
0987.38606-1	Von anderen Kapiteln (Stadt), investive Mieten aus Verwaltungsgrundvermögen	Verwaltungsgrundvermögen	920102	35.200,00	35.200,00
				25.500,00	25.500,00
		Summe Einnahmen		10.394.370,00	10.394.370,00
B) Ausgaben					
0101.98005-4	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	010101	204.300,00	204.300,00
0010.98006-2	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	010101	148.000,00	148.000,00
0020.98006-2	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	030101	347.800,00	347.800,00
0020.98006-0	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	030101	251.900,00	251.900,00
0030.98006-0	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	079004	130.900,00	130.900,00
0030.98006-9	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	079004	94.800,00	94.800,00
0034.98006-5	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	070101	1.061.500,00	1.061.500,00
0034.98006-3	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	070101	768.700,00	768.700,00
0036.98006-2	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	079001	129.100,00	129.100,00
0036.98006-0	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	079001	93.500,00	93.500,00
0045.98006-7	An Hst. 0987/380 06-3 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	080101	7.000,00	7.000,00
0045.98006-5	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	080101	5.090,00	5.090,00
0111.98006-5	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	103002	291.900,00	291.900,00
0111.98006-3	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	103002	211.400,00	211.400,00
0111.98406-0	An Hst. 3987/384 05-0 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	110302	11.700,00	11.700,00
0111.98406-9	An Hst. 3987/384 06-8 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	110302	8.500,00	8.500,00
0120.98006-0	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	110401	753.920,00	753.920,00
0120.98006-8	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	110401	545.940,00	545.940,00
0131.98006-1	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	110203	326.490,00	326.490,00
0131.98006-0	An Hst. 0987/380 06-3 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	110203	236.430,00	236.430,00
0131.98406-8	An Hst. 3987/384 05-0 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	110203	40.460,00	40.460,00
0131.98406-5-7	An Hst. 3987/384 06-8 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	110203	29.300,00	29.300,00
0132.98006-5	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	110204	65.100,00	65.100,00
0132.98006-3	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	110204	47.140,00	47.140,00
0132.98006-9	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	110204	483.360,00	483.360,00
0132.98406-0	An Hst. 3987/384 05-0 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	110204	350.020,00	350.020,00
0132.98406-9	An Hst. 3987/384 06-8 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	110205	151.700,00	151.700,00
0133.98006-9	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	110205	109.900,00	109.900,00
0133.98006-8	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	110205	48.440,00	48.440,00
0134.98406-6	An Hst. 3987/384 05-0 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	110206	35.080,00	35.080,00
0200.98006-0	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	219001	311.900,00	311.900,00
0200.98006-9	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	219001	225.900,00	225.900,00
0230.98006-5	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	210402	210.400,00	210.400,00
0230.98006-3	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	210402	152.400,00	152.400,00
0236.98006-4	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	229002	20.100,00	20.100,00
0236.98006-1	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	229002	14.600,00	14.600,00
0237.98006-7	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	030103	25.100,00	25.100,00
0258.98406-6	An Hst. 3987/384 05-0 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	030103	18.200,00	18.200,00
0258.98406-5	An Hst. 3987/384 06-8 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	229003	128.300,00	128.300,00
0259.98006-4	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	229002	92.900,00	92.900,00
0259.98006-2	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	229002	11.300,00	11.300,00
0331.98006-5	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	310201	153.300,00	153.300,00
0331.98006-4	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	310201	111.000,00	111.000,00
0400.98006-3	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	419001	346.500,00	346.500,00
0400.98006-6	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	419001	250.900,00	250.900,00
0517.98006-6	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	510402	15.100,00	15.100,00
0518.98006-4	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	510402	10.900,00	10.900,00
0518.98406-8	An Hst. 3987/384 05-0 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	510403	7.100,00	7.100,00
0518.98406-5	An Hst. 3987/384 06-8 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	510403	6.200,00	6.200,00
0900.98006-1	An Hst. 0987/380 05-5 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	919001	27.600,00	27.600,00
0900.98006-0	An Hst. 0987/380 06-3 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	919001	20.000,00	20.000,00
0926.98406-5	An Hst. 3987/384 05-0 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	919001	901.200,00	901.200,00
0926.98406-3	An Hst. 3987/384 06-8 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	910303	298.400,00	298.400,00
0926.98406-2	An Hst. 3987/384 05-0 für konsumtive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	910303	216.100,00	216.100,00
0926.98406-0	An Hst. 3987/384 06-8 für investive Mieten aus	Verwaltungsgrundvermögen	910107	100.000,00	100.000,00
0954.98015-0	An Hst. 3987/384 06-8 für investive Mieten aus Mieten für Bestandsveränderungen im	Verwaltungsgrundvermögen	920102	72.400,00	72.400,00
				300.000,00	300.000,00
		Summe Ausgaben		12.296.230,00	12.296.230,00

Einmangl Verrechmieten Land 2010_2011

Bericht und Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) zu den Änderungsanträgen der Fraktionen

Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

PPI = Produktplan E-PI = Einzelplan
 PB = Produktbereich Kap. = Kapitel
 PGr = Produktgruppe Titel = Titel

Drs.	Maßnahme/ Stichwort zur Änderung	PPI E-PI	PB Kap	PGr Titel	Neuer Haushaltsanschlag Angabe in €		Abstimmungsergebnisse					Beschluss- empfehlung HAFA (Land)	
					2010	2011	SPD	CDU	Bünd- nis 90/Die Grünen	Die Linke	FDP		
17/1051	Datenschutz und Informationsfreiheit							nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung
	Datenschutz und Informationsfreiheit Datenschutz und Inform. im Lande Bremen Beratung/Kontrolle/Berichterstellung Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2010 von 604 Tsd. € um 152 Tsd. € auf 756 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2011 von 604 Tsd. € um 152 Tsd. € auf 756 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 von 126 Tsd. € um 10. Tsd. € auf 136 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 von 126 Tsd. € um 10 Tsd. € auf 136 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den investiven Ausga- ben wird für das Jahr 2010 von 14 Tsd. € um 10 Tsd. € auf 24 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den investiven Ausga- ben wird für das Jahr 2011 von 14 Tsd. € um 10 Tsd. € auf 24 Tsd. € erhöht. Erläuterung: In Anbetracht der gewachsenen Aufgaben des Ressorts (Informationsfreiheitsgesetz) sowie den Problemen des Ressorts bei der	06	06.01	06.01.01	756 Tsd.	756 Tsd.							
					136 Tsd.	136 Tsd.							
					24 Tsd.	24 Tsd.							

	Besetzung aller Referate aufgrund von Altersteilzeit-Freistellungen wird die Beschäftigten-Zielzahl auf 13.5 festgelegt. Zudem ist für eine ausreichende Ausstattung an konsumtiven und investiven Mitteln zu sorgen.											
17/1052	Bildung						nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Bildung Schulbezogene Förderungen Landesinstitut für Schule Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2010 um 1.512 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2011 um 1.512 Tsd. € erhöht.</p> <p>II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert: Bildung und Wissenschaft, Kultur Landesinstitut für Schule Anwärterbezüge der Beamten auf Widerruf Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 5.690.100 € um 1.512.000 € auf 7.202.100 € erhöht. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 5.690.100 € um 1.512.000 € auf 7.202.100 € erhöht.</p> <p>Erläuterung: Mit den eingestellten Mitteln lassen sich ab 2010 112 neue ReferendarInnen einstellen, eine Erhöhung um 25 %. Dies soll der zu erwartenden Lehrer-Ebbe entgegenwirken; die neu eingestellten ReferendarInnen sollen auch dazu beitragen, das Lehrstunden-deputat aller ReferendarInnen zu verringern.</p>	21	21.04	21.04.02								
		02	0230	422 03-6	7.202.100	7.202.100						
17/1053	Bildung						nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Bildung Schulbezogene Förderungen Sonst. schulische Leist. und Fördermaßn.</p>	21	21.04	21.04.03								

	3.825.000 € eingestellt. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 3.825.000 € eingestellt. Erläuterung: Mit den eingestellten Mitteln lassen sich ab 2010 85 neue Stellen in den vorhandenen Ganztagschulen mit zusätzlichem, festangestelltem nicht-unterrichtendem Personal einrichten.					3.825.000						
17/1055	Bildung						nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung
	I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Bildung Schulbezogene Förderungen Sonst. schulische Leist. und Fördermaßn. Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 um 6.750 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 um 16.875 Tsd. € erhöht. Bildung und Wissenschaft, Kultur Allgemeine Bewilligungen für Bildung Landesprogramm zur Verbesserung der Lernsituation (Unterrichtendes Personal) Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 6.750.000 € eingestellt Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 16.875.000 € eingestellt. Erläuterung: Mit den eingestellten Mitteln lassen sich zum 1. Juli 2010 300 neue LehrerInnen einstellen, zum 1. Juli 2011 weitere 150. Aus diesem Pool sollen folgende Zwecke verwirklicht werden: - doppelte Lehrerbesezung Klasse 1 - 6 in armen Stadtteilen, - zusätzliche LehrerInnen für Bremerhaven, - mehr Freistunden für Rederendar-MentorInnen, Klassenlehrer, Entlastungsstunden für ältere LehrerInnen.	21	21.04	21.04.03								
		02	0201	973 13-0	6.750.000	18.875.000						

17/1056	Hochschulen und Forschung						nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung															
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Hochschulen und Forschung Hochschulen (Sonderhaushalte) Universität Bremen Hochschule Bremen Hochschule für Künste Hochschule Bremerhaven</p> <p>Die im Zuge des Hochschulgesamtplans V durchgeführten Kürzungen an den Hochschulen im Land Bremen werden zurückgenommen. Den Hochschulen werden die Mittel zur Verfügung gestellt, die im Hochschulgesamtplan V aus dem Jahr 2003 vorgesehen waren. Damit sind im Produktbereich 24.01 für das Jahr 2010 und für das Jahr 2011 je 18.300 Tsd. € zusätzlich einzustellen und den einzelnen Hochschulen wie folgt zur Verfügung zu stellen:</p> <table border="1" data-bbox="360 719 790 927"> <thead> <tr> <th>Produktgruppe</th> <th>Zusätzliche Mittel 2010 (Tsd. €)</th> <th>Zusätzliche Mittel 2011 (Tsd. €)</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>24.01.01 Uni Bremen</td> <td>9.200</td> <td>9.200</td> </tr> <tr> <td>24.01.02 HS Bremen</td> <td>5.600</td> <td>5.600</td> </tr> <tr> <td>24.01.03 HfK</td> <td>1.400</td> <td>1.400</td> </tr> <tr> <td>24.01.04 HS BHV</td> <td>2.100</td> <td>2.100</td> </tr> </tbody> </table> <p>Erläuterung: Mit den zusätzlichen Mitteln sollen die folgenden Ziele angestrebt werden: - Verbesserung des Lehrangebots und der Betreuungssituation, - Umorientierung auf integrative, studentenorientierte Hochschule, - zusätzliche Mittel für die Förderung von Wissenschaft in gesellschaftlicher und sozialer Verantwortung, - Erhöhung der Honorare für Studierende Hilfskräfte und Lehrbeauftragte, - Einrichtung eines Fonds zur Überbrückung</p>	Produktgruppe	Zusätzliche Mittel 2010 (Tsd. €)	Zusätzliche Mittel 2011 (Tsd. €)	24.01.01 Uni Bremen	9.200	9.200	24.01.02 HS Bremen	5.600	5.600	24.01.03 HfK	1.400	1.400	24.01.04 HS BHV	2.100	2.100	24	24.01	24.01.01 24.01.02 24.01.03 24.01.04	18.300 Tsd.	18.300 Tsd.						
Produktgruppe	Zusätzliche Mittel 2010 (Tsd. €)	Zusätzliche Mittel 2011 (Tsd. €)																									
24.01.01 Uni Bremen	9.200	9.200																									
24.01.02 HS Bremen	5.600	5.600																									
24.01.03 HfK	1.400	1.400																									
24.01.04 HS BHV	2.100	2.100																									

	von Wartezeit zwischen Drittmittelaufträgen für die befristet angestellten WissenschaftlerInnen.												
17/1057	Hochschulen und Forschung						nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung	
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Hochschulen und Forschung Studenten Studentenwerk Bremen Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 von 4.239 Tsd. € um 1.700 Tsd. € auf 5.939 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 von 4.281 Tsd. € um 1.700 Tsd. € auf 5.981 Tsd. € erhöht.</p> <p>II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert: Bildung und Wissenschaft, Kultur Allgemeine Bewilligungen für Hochschulen Zuschuss an das Studentenwerk Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 4.238.970 € um 1.700.000 € auf 5.938.970 € erhöht. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 4.281.360 € um 1.700.000 € auf 5.981.670 € erhöht.</p> <p>Erläuterung: Für studentische Beratung, mehr Kindergartenplätze für Studierende, mehr günstigen studentischen Wohnraum. Dem Studentenwerk fällt es zunehmend schwerer, ohne zusätzliche finanzielle Mittel mit den Anforderungen der wachsenden Studentenzahl Schritt zu halten. Dabei ist eine gute studentische Betreuung ein wichtiger Standortvorteil für Bremen als Universitätsstadt. Studierende Neubürger sind eine nicht unwesentliche Geldquelle im Länderfinanzausgleich.</p>	24	24.04	24.04.01	5.939 Tsd.	5.981 Tsd.							
		02	0273	685 12-0	5.938.970	5.981.670							

	<p>3.353 Tsd. € erhöht. II. In konkreter Umsetzung wird der Haus- haltsplan wie folgt geändert: Jugend und Soziales, Ausländerintegration Allgemeine Bewilligungen für Jugend An Bremerhaven für den Ausbau der Kin- dertagesbetreuung Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 673.090 € um 2.552.750 € auf 2.983.650 € erhöht. Der Anschlag wird für das Jahr 1011 von 1.178.090 € um 3.352.750 € auf 4.440.840 € erhöht. Erläuterung: Anteilige Mittel (25 %) der im Stadthaushalt beantragten zusätzlichen Mittel für Kinder- betreuung und Jugendarbeit.</p>	04	0402	985 42-9	2.983.650	4.440.840						
17/1062	Gesundheit						nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Gesundheit Sicherstellung der Krankenhausversorgung Krankenhausplanung, Investitionsförd. Der Anschlag bei den investiven Ausga- ben wird für das Jahr 2010 um 50.000 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den investiven Ausga- ben wird für das Jahr 2011 um 50.000 Tsd. € erhöht. II. In konkreter Umsetzung wird der Haus- haltsplan wie folgt geändert: Gesundheit Krankenhausfinanzierung Mittel- und langfristige Investitionen an Klini- ka der Gesundheit Nord Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 2.561.330 € um 50.000.000 € auf 52.561.330 € erhöht. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 601.460 € um 50.000.000 € auf 50.601.460 € erhöht. Erläuterung: Gesetzlich vorgesehen ist es, Krankenhaus- investitionen von den Bundesländern tätigen</p>	51	51.03	51.03.01								
		05	0520	891 31-5	52.561.330	50.601.460						

	<p>folgt geändert: Umwelt, Bau, Verkehr u. Europa Fachbereich Umwelt Umweltwirtschaft/Energie/Ressourcen Der Anschlag bei den investiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 um 5.000 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den investiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 um 5.000 Tsd. € erhöht. II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert: Umwelt, Bau, Verkehr und Europa Allgemeine Bewilligungen für Umwelt und Europa Förderung zur energetischen Sanierung von Sozialwohnungen Es wird ein Anschlag für das Jahr 2010 von 5.000.000 € eingestellt. Es wird ein Anschlag für das Jahr 2011 von 5.000.000 € eingestellt. Erläuterung: Mit den eingestellten Mitteln soll ein Programm zur energetischen Sanierung von Sozialwohnungen initiiert und durchgeführt werden. Dabei sollen auch private Vermieter und Wohnungsbaugesellschaften Mittel zur energetischen Sanierung aus diesem Programm erhalten können, müssen sich aber verpflichten, für 10 Jahre die Miete auf dem Level vor der Sanierung zu belassen. Über die sich reduzierenden Ausgaben für exzessive Heizkosten in den Kosten der Unterkunft kommen die Investitionen über die Laufzeit wieder herein.</p>	68	68.03	68.03.01								
		06	0601	893 30-4	5.000.000	5.000.000						
17/1065	Finanzen/Personal						nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Finanzen/Personal Personal- und Verwaltungsmanagement Aus- und Fortbildung am AFZ Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2010 um 350 Tsd. € erhöht.</p>	91	91.03	91.03.03								

	<p>Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2011 um 350 Tsd. € erhöht.</p> <p>Erläuterung: Die Entlohnung der Auszubildenden in der Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH (ABiG) wird den Tariflöhnen der Auszubildenden im öffentlichen Dienst angeglichen. Im Laufe der Legislaturperiode ist die ABiG in die Kommunalverwaltung wieder einzugliedern.</p>											
17/1066	Finanzen/Personal						nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Finanzen/Personal Personal- und Verwaltungsmanagement Aus- und Fortbildung am AFZ Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2010 um 800 Tsd. € erhöht. Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2011 um 800 Tsd. € erhöht.</p> <p>Erläuterung: Die Personalbestandsquote (PersBQ) in den Bremer Finanzämtern beträgt nur 77 % der vom Bund empfohlenen Personalabdeckung, im Finanzamt für Großbetriebsprüfungen sogar nur 64 % und liegt damit im Vergleich der Länder am untersten Ende. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, soll mit den hier eingestellten Mitteln die Zahl der Ausbildungsplätze in der Steuerverwaltung um 77 pro Jahr angehoben werden.</p>	91	91.03	91.03.03								
17/1067	Zentrale Finanzen						nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung
	<p>I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Zentrale Finanzen Zentrale Finanzen Kredite, zentrale Zinseinnahmen/-ausgaben II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:</p>	93	93.01	93.01.02								

	Finanzen Allgemeines Kapitalvermögen, Schulden- dienst, Rücklagen Kreditmarktmittel und Anleihen Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 2.565.310.550 € um 127.911.750 € auf 2.592.222.300 € erhöht. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 2.527.051.540 € um 143.166.50 € auf 2.670.218.290 € erhöht.	09	0980	325 30-0	2.592.222.300	2.670.218.290							
17/1068	Zentrale Finanzen						nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung	
	I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert: Zentrale Finanzen Zentrale Finanzen Steuerähnliche Abgaben Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 von 4.000 Tsd. € um 3.000 Tsd. € auf 7.000 Tsd. € erhöht. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 4.000 Tsd. € um 3.000 Tsd. € auf 7.000 Tsd. € erhöht. II. In konkreter Umsetzung wird der Haus- haltsplan wie folgt geändert: Finanzen Allgemeines Risikovorsorge Der Anschlag wird für das Jahr 2010 von 0 € um 3.000.000 € auf 3.000.000 € erhöht. Der Anschlag wird für das Jahr 2011 von 0 € um 3.000.000 € auf 3.000.000 € erhöht. Erläuterung: Die eingestellten Mittel stehen für weitere Verhandlungen mit der BSAG zur Absen- kung des Sozialticket-Preises auf höchstens 15 €/Monatsticket zur Verfügung. Zugleich sollen die Sozialtickets übertragbar und im Verbundgebiet nutzbar werden, für Asylbe- werberInnen kostenlos sein und um einen Kulturteil erweitert werden.	93	93.01	93.01.03	7.000 Tsd.	7.000 Tsd.							
		09	0995	973 10-3	3.000.000	3.000.000							

17/1069	Die Stellenpläne werden wie folgt geändert:									nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung
	Produktgruppe	Kapitel I	Budgetbereich	2010			2011								
				von	um	auf	von	um	auf						
	06.01.01	0029	Kern	12,47	3	15,47	12,72	3	15,72						
	21.04.02	0230	Kern	559,95	112	711,95	596,15	112	708,15						
	919001	0900	Kern	58,7	18,6	77,3	58,7	18,6	77,3						
	Personalhaushalte		Kern Refi		115			115							
17/1070										nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung
	Das Haushaltsgesetz 2010 wird wie folgt geändert: § 14 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: „2 464 310 550 Euro“ wird geändert in „2 592 222 300 Euro“ Das Haushaltsgesetz 2011 wird wie folgt geändert: § 14 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: „2 527 051 540 Euro“ wird geändert in „2 670 218 290 Euro“														
17/1105	Arbeit									nein	nein	nein	ja	nein	Ablehnung
	I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:														
	Arbeit									31					
	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm										31.01.01				
	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm											31.01.01			
	Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2010 um 28.800 Tsd. € erhöht														
	Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2011 um 28.800 Tsd. € erhöht.														
	II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:														
	Arbeit									03					
	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm										0305				

An Hst. 6205/385 02 für das Ganztags- schulprogramm			985 14-5									
Der Anschlag für das Jahr 2010 von 1.000.000 € um 3.900.000 € auf 4.900.00 € erhöht.				4.900.000								
Der Anschlag für das Jahr 2011 von 1.000.000 € um 3.900.000 € auf 4.900.00 € erhöht.					4.900.000							
Erläuterung: Das Land Bremen finanziert der Stadt Bre- men ein Schwerpunktprogramm "Ausbau der Ganztagschule". Von diesen Mitteln sollte auch die Stadt Bremerhaven profitie- ren.												